Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4266

05. 11. 75

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz – HStruktG)

– Drucksachen 7/4127, 7/4193, 7/4224, 7/4243 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in ihrem engsten politischen Bereich mit für sie spürbaren Einschränkungen voranzugehen. Dazu soll sie insbesondere die folgenden Ausgabenpositionen auf den Stand zurückführen, den sie 1969 übernommen hat:

a) Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister (1969 = 7, 1975 = 20);

b) Stellenzahl der politischen Leitungsbüros in den Bundesministerien und des Bundespresseamts (1969 = 1058, 1975 = 1270);

c) Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Regierung (1969 = 100 Mio DM, 1975 = 144 Mio DM).

Bonn, den 5. November 1975

Carstens, Stücklen und Fraktion

Begründung umseitig

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Begründung

Die Bundesregierung hat sich gezwungen gesehen, in ihrem Gesetzentwurf vielen Bürgern empfindliche Eingriffe, sogar in ihre Arbeitseinkommen, zuzumuten. Dieser Weg der Einsparung muß ergänzt werden durch glaubwürdige erste Schritte zur Straffung der Regierung und Verwaltung.

Die genannten Einschränkungen treffen keinen Bürger, sondern die gegenüber 1969 aufgeblähte Ämterausstattung und politische Selbstdarstellung der Bundesregierung. Die Situation gebietet, daß die Bundesregierung mindestens diese Einschränkungen hinnimmt.

Einsparungen beim Bund ab 1976:

zu a)	ca.	2 Mio DM / Jahr,
zu b)	ca.	10 Mio DM / Jahr,
zu c)	ca.	44 Mio DM / Jahr,
zusammen		56 Mio DM / Jahr,

ohne die für 1976 bisher gewünschten Erhöhungen.